



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/186

12. August 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Zu Churchills Europa-Armee	S.1
Das sudetendeutsche Triumvirat in Prag	S.3
Die Barackenstadt Dr. Seebohms	S.4
Päden von Düsseldorf nach Landsberg	S.5

Warum sich die Sozialdemokraten der Stimme enthielten

...dt. Die deutschen Sozialdemokraten haben sich bei der Abstimmung über Churchills Vorschlag einer europäischen Armee der Stimme enthalten. Nicht, weil sie an der wieder einmal zur Illusion gewordenen Idee des Pazifismus festhalten wollen, sondern weil ihr Sinn für Realpolitik sie auch in Strassburg nicht verlassen hat. Wer angesichts der Ereignisse in Korea und der Praktiken des Kremls heute noch einem absoluten Pazifismus huldigte, würde sich den Vorwurf der Weltfremdheit zuziehen. Die deutschen Sozialdemokraten haben nicht gegen den Vorschlag Churchills gestimmt, weil ihnen klar ist, dass man den Bolschewismus mit schönen Deklarationen allein nicht aufhalten kann und weil es ebenso illusionär wäre, zu erwarten, dass der Poilu und der Tommy bereit sind, an der Aube zu sterben, während die Deutschen die Hände in die Taschen stecken. Aber sie konnten nicht Ja sagen, weil in diesem Stadium der Dinge die Aufstellung einer deutschen Armee übereilt ist und mehr schaden als nutzen würde. Das Ergebnis aller dieser Überlegungen ist die Stimmenenthaltung von Strassburg. Es ist zugleich das europäische Dilemma.

Carlo Schmid hat einen Tag vor Churchill dargelegt, worum es der Sozialdemokratie geht. Die deutschen Sozialdemokraten wollen sich der Pflicht, Europa mit zu verteidigen, nicht entziehen, aber das Europa, das ernstlich verteidigt werden soll, muss erst geschaffen werden. Was heute unter der Firma "Europa" in Strassburg versammelt ist, ist ein unverbindlicher Verein von wohl überwiegend Gutwilligen und einer Minderheit weniger Gutwilliger; aber diese Minderheit ist kraft der Statuten in der

Lage, allen guten Willen der Gutwilligen auszuschalten. Der Hebel, mit dem die Zögernden das tun, ist das absolute Vetorecht im Ministerrat; das Organ, das sich dieses Hebels bisher meisterhaft bedient hat, der Ministerrat selbst. Nicht von ungefähr hat es vor Beginn der Versammlung an der deutsch-französischen Grenze eine wohl organisierte Revolte gegen den Ministerrat gegeben und nicht von ungefähr hat der Sprecher der deutschen Sozialdemokraten in Straßburg betont, dass man zuerst eine über-nationale Europa-Regierung schaffen müsse, ehe die deutschen Sozialdemo-kraten ihre Bedenken gegen eine deutsche Wiederaufrüstung fallen lassen. Das Europa, das wert ist, verteidigt zu werden, muss aus einem Guss sein, es darf darin keine nationalen Zellen und im Ernstfall keinen nationalen Generalstab geben, der in kritischen Situationen sein europäisches Be-wusstsein dem nationalstaatlichen Egoismus opfert. Mit anderen Worten, es darf, wenn geschossen wird, keine Situation geben, da ein Teil der Ver-teidigung aus national-egoistischen Gründen aus der gemeinsamen Front ausscheren kann. Und bevor man die Deutschen, die im ersten Graben ste-hen, verpflichten will, muss es erst einen verbindlichen Rütli-Schwur an der Elbe geben.

Das sind in groben Zügen die Bedenken, die man gegen die heutige Strassburger Institution erheben muss. Eine Reihe von triftigen Gründen innerhalb Deutschlands selbst spricht aber ebenso gebieterisch gegen die vorzeitige Aufstellung einer deutschen Armee. Churchills Wort in Gottes Ohr, dass die Russen kaum eine deutsche Wiederaufrüstung mit einem so-fortigen Einmarsch erwidern würden; einen letzten Beweis könnte erst die Praxis erbringen. Das könnte aber ebenso gut schief ausgehen. Aber auch die politischen Verhältnisse in Westdeutschland sprechen heute noch ge-gen die Bildung einer deutschen Wehrmacht. Wer soll eine solche Armee führen? Die Generale, denen man vor knapp fünf Jahren die Waffen aus der Hand geschlagen hat? Wen sollen die Armeen gehor-chen? Einer Regierung, der man nicht einmal ein verstärktes Polizeikorps zuzubilligen wagte? Einer Regierung, die rat- und verständnislos an den brennendsten Proble-men des jungen Staates vorbeigelaufen ist? Wer garantiert unter solchen Umständen, dass die Geister die man rief, sich nicht zu Herren über die Rufer aufschwingen?

Es gibt noch mehr solcher Fragezeichen, aber Europa hat wirklich nicht mehr viel Zeit. Selbst wenn Churchills zwei Jahre stimmten, wäre es knapp. Und es gibt in Deutschland noch Dinge zu regeln, die ebenso dringend sind wie eine Aufrüstung.

Das sudetendeutsche Triumvirat in Prag

(sp)Prag, im August

Seit Jahresfrist etwa muß die tschechische Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, dass zwei der so verhassten Sudetendeutschen an wichtigen Kommandostellen des Staates stehen. Zwar sind es Kommunisten, an deren Linientreue nicht zu zweifeln ist, aber ihre Art, das für deutsche Zungen ungewohnte Tschechisch auszusprechen, erinnert die Tschechen immer wieder an den verhassten Ursprung der beiden.

Bei dem einen handelt es sich um Fritz Gemeinder, der im Auftrage Moskaus die Regierungsmitglieder und Parlamentarier auf ihre Linientreue zu kontrollieren hat, also eine Art ideologischen Wachhund für die Regierungsbürokratie; der zweite ist der zum Brigadegeneral und stellvertretenden Kriegsminister avancierte Fritz Reicin (Reizinger) der über die stalinistisch-leninistische Standfestigkeit der Armee zu wachen hat. Nach der letzten von ihm durchgeführten Säuberungswelle, die u.a. auch den verdienten Kriegsminister Svoboda stürzte, hat Reizinger jetzt eine neue Disziplinarordnung für die Truppe geschaffen, die an Gesinnungsschnüffelei von oben herab bis in die kleinste Mannschaftsstube nichts zu wünschen übrig lässt und jeden KP-verlässlichen Vorgesetzten über Leib und Leben des Untergebenen bestimmen lässt.

Aber mit diesen beiden sudetendeutschen Politruks haben sich die Tschechen mehr oder weniger abgefunden. Nun erfährt die erstaunte Öffentlichkeit plötzlich von einer dritten solchen Persönlichkeit. Es ist der Politruk der kommunistischen Parteiorganisation Bruno Köhler, der Mann, der vom Staatspräsidenten bis zum kleinsten Ortsgruppenleiter herab jedem einzelnen Funktionär auf die stalinistisch-leninistischen Finger zu schauen von Moskau bestellt ist.

Kein geringerer als Präsident Gottwald, sekundiert vom Generalsekretär der Partei Slansky, unternahm es, der tschechischen Öffentlichkeit diesen Bruno Köhler anlässlich seines 50. Geburtstages zu präsentieren und das tschechische Volk dazu zu beglückwünschen, daß

es einen so tüchtigen Mann in der Republik habe, der ein "so hervorragender Organisator in der marxistisch-leninistischen Erziehung der Mitglieder der Partei und ihrer Anwärter sei.

Köhler erblickte im Jahre 1900 in Neustadt an der Tafelfichte das Licht der Welt, um 14 Jahre später in der Reichenberger sozialdemokratischen Druckerei seinen Broterwerb zu erlernen. Zum Dank lief er bereits vier Jahre später mit Karl (jetzt Karel) Kreibich, dem jetzigen tschechischen Botschafter beim Kreml, zu den Kommunisten über, die ^{ihn} schon 1921 zu einem Kongress der kommunistischen Internationale nach Moskau schickten. Nach Verwendung als Parteisekretär in Karlsbad und Mährisch-Ostrau reiste Köhler 1926 schon wieder zu "politischen Studien" nach Moskau. Später war er Sekretär in Aussig und Reichenberg und kam schließlich als Mitglied des Politbüros unter Gottwalds Leitung in den Spitzenapparat der Partei. Drei Jahre war er im Prager Rudofinum "Parlamentarier", verbrachte die Zeit von 1938 bis 1941 in Frankreich und wurde sodann wieder nach Moskau geholt, wo er sich bis Kriegsende mitentscheidend in der dortigen tschechischen kommunistischen Parteigruppe betätigte. Nach der "Befreiung" der CSR wurde er von Moskau aus als Oberspitzel in den Zentralausschuss der KP gesetzt.

Im alten Latein gibt es den Spruch: "Suum cuique"!, jedem das Seine. Wenn man sich die tschechischen "Gewalthaber" von heute betrachtet und dazu die ihnen vorgesetzten "Beschatter", so kann man nur bestätigen, dass der alte römische Spruch auch heute noch nichts von seiner Gültigkeit verloren hat.

- - -

Die Barackenstadt Dr. Seebohms

sp. Ehe Dr. Seebohm Bundesverkehrsminister wurde, war er Präsident oder Aufsichtsratsmitglied grosser westdeutscher Industriefirmen. Von dort her hat Seebohm die Eigenschaft nach Bonn mitgebracht, großzügig zu disponieren und ein entsprechend repräsentatives Auftreten zu einer selbstgefälligen Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

Aus dieser Mentalität hat daher Minister Seebohm mit Entrüstung den Gedanken von sich gewiesen, ein Teil seines Ministeriums möge in Baracken untergebracht werden. Es ginge nicht an, so lautete eines der beiden vorgebrachten Gegenargumente Seebohms, dass 50 Prozent seiner Beamten aktentragender Weise durch eine Barackenstadt ziehen.

Es ist sehr schön, dass ein Minister so sehr auf die Reputation

seiner Beszten bedacht ist; man könnte aber, etwas wirklichkeitsnäher, auch sagen, dass es keine Schande für einen Regierungsrat ist, zu einer Zeit Akten durch eine Barackenstadt zu tragen, da Hunderttausende von Deutschen gezwungen sind, in elenden, halb zerfallenen, stickigen Baracken zu kochen, zu essen und zu schlafen, kurz - zu leben. Das scheint uns etwas unbequemer, als Akten zu tragen.

Eigentlich müsste das auch Minister Seeborn wissen, denn er hat in der letzten Zeit wiederholt, manchmal sogar mit dramatischem Effekt, auf Flüchtlingskundgebungen beweisen wollen, dass er auch Flüchtling sei. Geglaubt haben es ihm nur die Uneingeweihten; besser Informierte wissen, dass Seeborn Flüchtling erst seit 1949 ist. Für solche "Spätflüchtlinge" eignen sich allerdings Baracken schlecht, sie benötigen den "modernen Gebäudekomplex", wie ihn Dr. Seeborn für sein Ministerium ausdrücklich verlangte.

Wie sich wirkliche Flüchtlinge benehmen, auch wenn sie Minister geworden sind, kann Herr Seeborn studieren, sobald er einmal nach Hannover kommt. Wir empfehlen ihm dann einen Besuch in der Steinbaracke des niedersächsischen Flüchtlingsministeriums. Er kann dabei sehen, dass die Regierungsräte des niedersächsischen Flüchtlingsministers die Köpfe nicht höher und nicht niedriger tragen als seine Regierungsräte. Auf jeden Fall aber wirken jene Regierungsräte mit ihrer Steinbaracke im heutigen Deutschland stielechter als ein affektierter Minister, der gewohnt ist, Geld, das er nicht selbst verdient hat, mit vollen Händen auszugeben.

Fäden von Düsseldorf nach Landsberg

Nach einer Meldung der "New York Times" haben die heute führenden Ruhrindustriellen wieder die Verbindung zu ihren ehemaligen Kollegen aufgenommen, die jetzt als Nazi-Kriegsverbrecher in Landsberg ihre Strafen verbüßen. Die "Leitung der Vereinigung der deutschen Unternehmer der Eisenindustrie (Sitz Düsseldorf) habe in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder Ratschläge erteilt, wie man am besten mit "den Personen von unserem Kreis" in Briefwechsel treten könne. Wörtlich heisst es in der "New York Times" u.a. "Auf Vorschlag des Direktors der Gutehoffnungshütte, Dr. Hermann Keusch, werden die Mitglieder angehalten, häufiger aufmunternde Briefe zu schicken. Es wird den Mitgliedern geraten, keine "reproduzierten Dokumente" einzuschicken. Eine westalliierte Quelle hebt hervor, daß man gegen das Schreiben von Briefen an die Gefangenen nichts einwenden könne, aber die Mitglieder der Vereinigung schienen die Tatsache, daß sich ihre ehemaligen Kollegen im Gefängnis befänden, als "reines Pech" zu betrachten. Sie machen sich scheinbar gar keine Gewissensbisse darüber, daß sie auch weiterhin die Verbindung zu Menschen beibehalten, die als Verbrecher verurteilt worden sind; sie haben ganz und gar nicht den Zweck der durchgeführten Prozesse begriffen und auch nicht die gesellschaftlichen Verpflichtungen, die ihre augenblickliche Stellung einschließt."